

# Kaukasische Post

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle: Kirchstr. (Kirovskaja), 27, neben der deutschen Bibliothek. — Geschäftsstunden (außer an Sonn- u. Feiertagen) von 11—1 Uhr vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Erscheint 2mal wöchentlich;

am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 20 Rbl. für 1 Mt. Anzeigen: die 3-mal gefaltete Kleinseite auf der ersten Seite 3 R., auf der 4. Seite 2 R. 50 Kop.

№r. 102.

Sonntag, den 28. Dezember 1919.

11. Jahrgang.

Diese Nummer erscheint wegen der Weihnachtstferstage (25. u. 26. Dezember) nur in halbem Umfang.  
Die Schriftleitung.

## Bekanntmachung.

Der Vorsitzende des Zentral-Vorstandes des Verbandes der transkauk. Deutschen teilt hierdurch mit, daß er in Verbandsangelegenheiten täglich (außer Sonn- und Feiertagen) von 9—11 Uhr vormittags im Büro W. F. Röhrer — Barjatsinskaja № 6 — und von 4—5<sup>1/2</sup> Uhr nachmittags zu Hause — Subalpskaja (früher Dnato Subejnaja) № 11 — zu sprechen ist.

## Zur politischen Lage.

In Land. — Die georgische Presse behandelt ausschließlich die Denikin-Frage. Nach einer französischen Mitteilung soll ähnlich in Smyrna unter dem Druck der Verhältnisse, vielleicht auch auf einen diesbezüglichen Wink der „Verbündeten“, der Plan gefaßt worden sein, in bezug auf die „Mandata“, die dort bisher nur als „eigenmächtige Gebilde“ oder „unabhängige Gebiete“ des „einigen“ Rußland galten, eine andere Politik zu befolgen, eine der früheren diapherent entgegengeetzte, eine Politik nicht bloß der Versöhnung, sondern der Verbindung (Föderation) zu gemeinsamen Kampfe gegen den Bolschewismus! Auch Georgien, das „Kaukasien“ („Mandata“) oder die „Republik der Armen“, wie das offiziöse Organ der „Freiw.-Armee“, der „Dobrowolts“, es noch vor wenigen Tagen zu bezeichnen beliebte, soll aufgefordert werden, dem neuen Bunde beizutreten! Diese Aufmunterung zum Tanz löst der georgischen Presse aber verdammt wenig Vertrauen ein, und verlangt sie als Vorbedingung die unumwundene Anerkennung der Unabhängigkeit Georgiens nicht nur seitens Denikins, sondern auch — und das sei die Hauptfache — seitens der Entente und der mit letzterer in Einvernehmen befindlichen Staaten, wobei, genau genommen, ersterer nicht einmal um seine Zustimmung befragt zu werden brauchte, da die von ihm befehligten Streitkräfte, die „Freiw.-Armee“, nicht als selbständige politische Macht betrachtet werden könne, sondern lediglich als eine ausführende Organisation, die den Willen derjenigen erfülle, die entschlossen seien, den Bolschewismus mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, also auch mit Hilfe der „F.A.“, zu bekämpfen. Eine weitere Vorbedingung wäre, daß das geplante Bündnis ausschließlich Verteidigungs-, nicht aber zugleich Angriffszwecken dienste, mithin auch nicht Vorparandienste im Felzuge Denikins gegen Moskau leistete. Rußlands Bürgerkrieg ginge die selbständigen „Mandata“ nichts an. Weil aber Denikin ihr Vertrauen nicht genieße, so wäre dieser Oberbefehlshaber der Streitkräfte einer der in Ausland kämpfenden Parteien, d. h. der anti-bolschewistischen, füglich durch einen anderen, den zukünftigen „Bundesgenossen“ genehmen General zu ersetzen. Im übrigen ist die georgische Presse der Ansicht, daß der Plan Denikins im letzten Grunde darauf zurückzuführen sei, daß er sich vorbereitend den Rücken decken wolle, um nicht im weiteren Verlauf des Entweichens vor dem unaussichtbar vordringenden Gegner (die Bolschewisten haben den Donetz überschritten

und nähern sich über Konstantinograd, Rjum, Bachmut, Lugansk den letzten Stützpunkten der „Freiw.-Armee“: Zaganrog, Nowoscherkassk und Rostow, welche bereits zum Teil ebnakiert werden) zwischen zwei Feuer zu geraten und dabei ganz aufgegeben zu werden. Demnach, wenn er zu Kräften gekommen sein würde, hätte man natürlich wieder mit dem eingeleiteten Has Denikins gegen die „Mandata“ zu rechnen, woraus die „Denikin-Gefahr“ aufs neue in die Erscheinung träte. Daher sei vor einem Angebot Denikins, sich mit ihm zu verbinden, vorherhand nur zu warnen. — Die Moskauer Sowjet-Regierung hat förmliche in „Sowdenien“ als Konjunkt oder in ähnlichen Stellungen tätigen Georgier verhaften lassen, um die georg. Regierung zu zwingen, die seitherzeit beim bekannten bolschewistischen Aufstand in Georgien arretierten „Genossen“ wieder auf freien Fuß zu setzen. Die georg. Regierung hat hierauf alle georgischen Vertretungen (Konjunkte etc.) in dem bolsch. Rußland für aufgehoben erklärt und erwartet jetzt von den Sowjetleuten die Haftentlassung der nunmehr „privaten“ Georgier.

Außland. — Die Vertreter der „Verbündeten“ verurteilten am 27. vorigen Montag in Paris im Cabinet Clemenceau's, um der Wortlaut der Antwort auf die von Baron v. Lerzner am 15. d. Mis. überreichte Note endgültig ansuuarbeiten. Die Antwort ist in sehr bestimmtem Tone gehalten. Sie weist klar und klar auf die Notwendigkeit hin, das Protokoll vom 1. November (Austausch der Ratifikations-Akten, ergänzende Friedensbedingungen) zu unterschreiben. Sollte die deutsche Sachverständigen-Kommission recht behalten mit ihrem Urteil über das angegebliche Unvermögen Deutschlands, die geforderten 400 000 Tonnen Eisenmaterial (Entschädigung für die versenkten deutschen Kriegsschiffe) aufzubringen, wozu sich die „Verbündeten“ durch ihre Sachverständigen an Ort und Stelle erst überzeugen würden, so könnte das eine Herabsetzung der Forderung veranlassen. Diese Note wurde der deutschen Friedensdelegation mit Erklärungen Dienstadt überreicht. Baron v. Lerzner erklärte, daß er, in Anbetracht der Schwierigkeiten im Selbstrecht und der Wichtigkeit des Schriftsatzes, dieses nicht nach Berlin bringen werde, unter Zurücklassung (in Paris) eines Vertreters der deutschen Delegation. Baron v. Lerzner versicherte hierbei, daß seine Abreise nicht den Abbruch der Verhandlungen bedeute. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Worte Roskes, des obersten Beraters der deutschen Botschaft, von der Entschlossenheit der deutschen Regierung, das besagte Protokoll unter keinen Umständen zu unterschreiben, weil damit das Ende Deutschlands drohe, sich aber der Tod auf dem Schlachtfelde vorzuziehen wäre, sich benachteiligen werden. Die deutscherseits angebotene Entschädigung in anderen Vermögenswerten scheint also zurückgewiesen worden zu sein. Auch haben sich die Mitteilungen über Abschöpfung der Forderungen infolge Widerspruchs der amerikanischen Delegation, die bekanntlich Paris schon verlassen hat, als nicht der Wirklichkeit entsprechend erwiesen. — Die Berliner Abteilung der Partei der Mehrheitssozialisten hatte auf einer fast bezugsigen Versammlung den Entschluß gefaßt, die Abdankung Roskes wegen Mißbrauchs des Armeeführers zu fordern. Roske führte zu seiner Rechtfertigung an, daß diejenigen welche an seiner Handlungsweise Anteil haben, nicht wüßten, mit welchen Schwierigkeiten er bei Erfüllung seiner Pflichten bisher zu kämpfen gehabt habe. Das deutsche Volk hätte, da es wäre die nötige Rettung gewesen sei, den Kopf

verloren und den Ausgang aus seiner bedrängten Lage in der Revolution gesucht, sei von dieser aber enttäuscht worden, denn während des ganzen Jahres (seit Ausbruch der Revolution) habe keine wahrhaft sozialistische Ordnung ausgerichtet werden können. Als er, Roske, nach Berlin berufen wurde, habe er hier unter Waisen nur 20 000 Revolutionäre angetroffen, die wohl bereit waren, gegen die Regierung, nicht aber gegen den Feind zu kämpfen. Roske begründete ferner seine energischen Maßnahmen gegen die Kommunisten und erklärte zum Schluß, daß die Armees weiswegs reaktionär gefimmt sei und daß die Offiziere, namentlich die jüngeren, nicht das entfernteste Interesse an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung besaßen. Seine Rechtfertigung hat Roske, wie aus dem diesbezüglichen Radiogramm zu schließen ist, auf einem Meeting (offenbar von Parteigenossen) vorgebracht. Dieses hat nun, so heißt es daselbst weiter, eine Resolution gefaßt, durch welche die Forderung, daß er ab danken solle, fast einstimmig abgelehnt wurde. — Auf einer Versammlung der Berlin-Brandenburgischen Abteilung der „unabhängigen Sozialisten“ wurde Bericht über den jüngst in Danzig stattgehabten Parteitag erstattet. Dieser hat sich für das Zusammengehen mit Moskau ausgesprochen. Genosse Rebeckour betonte diesen Umstand ganz besonders, wohl in der Absicht, für seine Auffassung Stimmung zu machen, daß die mehrheitssozialistische Regierung zu unterstützen sei, da man andernfalls in Deutschland zu demselben heillosen Zustande gelangen würde, in dem sich das bolschewistische Rußland befindet. Doch drang er mit seiner Meinung, die auch die seines Parteigenossen Hilferding ist, nicht durch. Der Vorsitzende bestritt aus nachdrücklicher, daß es Pflicht der „Unabhängigen“ wäre, die demokratische Republik zu stiften. Die Unabhängigen hätten mit der Gegenrevolution nicht als Verbündete der Partei der Mehrheitssozialisten, sondern ausschließlich um der Diktatur des Proletariats willen zu kämpfen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, welche die äusersten Bestimmungen der „Unabhängigen“ aufhebt. — Die kommunalen Wahlen in Danzig haben den Deutschen ein bedeutendes Übergewicht in der Stadtverwaltung verschafft. Die Sozialisten verhielten sich zu den Wahlen auffallend gleichgültig. Dies wird dahin gedeutet, daß in den Gebieten mit gemischter (deutsch-polnischer) Bevölkerung nun auch die (deutschen) Sozialisten zur Einsicht kämen, daß die von ihnen vertretenen sozial-politische Lehre (Internationalismus) den gegebenen Verhältnissen nicht entspricht. — Die Lebensmittelpreise in Deutsch-Osterreich, namentlich in Wien, hat sich so weit gesteigert, daß der Kanzler, Renner, sich gezwungen gesehen hat, nach Paris zu reisen, um durch Ausrufung der Hilfe der „Verbündeten“ dem drohenden völligen Untergang der 7-Millionen Bevölkerung noch in letzter Stunde vorzuzugen. Sollte die Diskussion nicht sofort einsehen, so würde die Regierung zurücktreten und das unglückliche Land seinem Schicksal überlassen, da sie von sich aus nichts mehr zu unternehmen wüßte, was Rettung bringen könnte. Von Seiten Deutschlands ist alles geschehen, was nur irgend geschehen konnte, um das entsetzliche Elend der Stammesgenossen zu lindern, aber was konnte das deutsche Volk, welches ja selbst Not leidet, darbieten? Die Entente scheint nun allerdings beschloffen zu haben, Maßnahmen zu wahlen, aber trauen kann man dem nicht, da die Vernichtung der Deutschen, gleichviel, wo sie auf dem Erdentum angetroffen werden, in das Programm der „Verbündeten“ gehört. Freilich, von Amerika sei, so

heißt es, Hilfe zu erwarten. Das dortige Asteo-Kreuz werde eine beträchtliche Anzahl Kinder in Wien unter seine Obhut nehmen, man spricht von hundert Tausenden. Aber wird nicht auch diese Hilfe zu spät eintreffen? Hat doch Renner erklärt, daß die Vorräte des Landes spätestens Mitte Februar aufgebraucht sein würden! Durch den Frieden von St. Germain ist Deutsch-Osterreich besannlich des Ausgangs zum Meer beraubt worden und befindet sich nun eingekesselt zwischen lauter ihm mehr oder weniger feindlich gesinnten Staaten, die zudem noch von der Entente von jeder Annäherung an Deutsch-Osterreich zurückgehalten werden. — Es geht das Gerücht, daß Deutsch-Osterreich sich einverstanden erklärt habe, mit Frankreich und Italien gemeinschaftliche Sache gegen Deutschland zu machen, ja, daß es sich eherem mit Haut und Haar verkauft habe. Ihm wird wohl von maßgebender deutsch-Osterreichischer Seite widersprochen: an Deutschland werde man gewiß nicht Verrat üben, wenn man sich ihm zurzeit auch nicht nähern dürfe. Aber zu verwundern wäre eine solche Handlungsweise nicht, denn — Not kennt kein Gebot! Es bleibt nur zu hoffen, daß noch nicht aller Tage Abend ist und die Ungerechtigkeit nicht ewig triumphieren wird. — Zur Lage Frankreichs: Clemenceau ist der eifrige Vertreter der aus dem Reime gehenden „Entente“. In seiner Behauptung, die ihm der Küstung Americas und der Sieg der Sozialisten in Italien verurteilt haben, war er wohl schnell nach London geeilt, um den Ententecord zusammenzuflicken, aber so ein müßig gewordenes Gewand wird sich schwerlich wieder zusammenfügen laß. n. England giebt einseitigen noch gute Worte und macht Versprechungen, deren Erfüllung jedoch von den Geschicknissen der nächsten Zukunft abhängt. Um nun Frankreich zu beruhigen, haben die Engländer Syrien geräumt und es den Franzosen überlassen. Jetzt protestiert aber Mustafa Kemal Pascha laut und energisch gegen das Vorgehen der Engländer und Franzosen, das die Zerstückung der Türkei bedeutet. Kemal Pascha, der bekanntlich an der Spitze der nationalistischen Bewegung steht und dem ein Heer von mehreren hunderttausend Mann gefolgt, ist jetzt der eigentliche Herr der Türkei und droht — der Entente mit der allislamischen Bewegung. In der „Morning Post“ vom 21. November endete ein Bericht aus Syrien mit folgenden Worten: „Ein übereiliges Vorgehen von Seiten einer europäischen Macht würde bestimnt einen Krieg verursachen, und das wäre das Schlimmste, was man bei der jetzigen Lage im Nahen Osten befürchten muß.“

**Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General v. Ludendorff vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die Kriegsschuldfrage.**

(Fortsetzung.)

Vor. Gotthein: „Ich hatte allerdings die Absicht, von der Verlesung längerer Schriftstücke Abstand zu nehmen. Es handelt sich für den Ausschuß nur um die Feststellung von Tatsachen, und ich weiß nicht, inwiefern diese Auseinandersetzung, die Erzählung verlesen wollen sich auf die Feststellung von Tatsachen bezieht. Es ist in wiederholten Erklärungen des Ausschusses festgestellt worden, daß Werturteile auch von den Zeugen absolut zu vermeiden sind, ebenso wie sich alle Mitglieder des Ausschusses der Abgabe von Werturteilen an dieser Stelle zu enthalten haben.“

Generalfeldmarschall v. Hindenburg: „Als wir die Oberste Heeresleitung übernahmen, war der Weltkrieg schon zwei Jahre im Gange. Die Ereignisse nach dem 28. August 1916 lassen sich aber nicht losgelöst von den Ereignissen vor diesem Datum beurteilen, denn der Krieg, der 1914 zwischen Deutschland und Osterreich auf der einen Seite und England, Frankreich und Serbien, bald darauf England, Belgien und Japan auf der anderen Seite begonnen hatte, hatte an Ausdehnung zugenommen. 1915 griff Italien, 1916 Rumänien an der Seite unserer Gegner in den Kampf ein. Der Krieg hatte kein Beispiel mehr in der Geschichte. Der Raum dehnte sich ins Unbegreifliche, die Truppenmassen erreichten ungeahnte Stärken, die Technik gewann eine vorhersehende Bedeutung, Krieges- und Weltwirtschaft griffen ineinander über. Das zahlenmäßige Verhältnis der Streitkräfte an

Menschen, Maschinen, Munition und wirtschaftlichen Hilfsmitteln war für uns, und zwar von Anfang an, so ungünstig wie möglich. Niemand wogte die Werte der Imponierbarkeit (die unabhägbarer Werte) des Krieges, die moralische Qualität der Truppen, so schwer, niemals endlich waren die Leistungen der Minderheit so ungeheuer wie in diesem Kriege. Diesem Grundcharakter des Krieges hatte die D. S. L. Rechnung zu tragen. Auf ihm ruhte unablässige Arbeit, getragen von der Liebe zum Vaterlande. Ihr galt unser ganzes Streben und der Aufgabe, inwieviel Menschenkraft und technische Hilfsmittel auszureichten, unser Volk vor Schaden zu bewahren und es einem guten Frieden entgegenzuführen. Um diese gewaltige Aufgabe unter den schwierigen Verhältnissen durchzuführen, mußten wir den unerschütterlichen Willen zum Siege haben. Dieser Wille zum Siege war unlösbar verbunden mit dem Glauben an unser' gutes Recht. Dabei waren wir uns bewußt, daß wir in dem ungleichen Kampfe unterliegen müßten, wenn nicht die gesamte Kraft der Heimat auf den Sieg auf dem Schlachtfelde eingestellt wurde und die moralische Kraft des Heeres nicht dauernd aus der Heimat erneut würde. Der Wille zum Siege erschien uns natürlich nicht als eine Frage persönlicher Entschlossenheit, sondern als ein Ausfluß des Volkswillens. Hätten wir den Willen zum Siege nicht gehabt, hätten wir nicht beim Volke als selbstverständlich diesen Willen vorausgesetzt, so hätten wir die schwere Arbeit nicht übernommen. Ein General, der seinem Volke nicht den Sieg erstreiten will, darf kein Kommando übernehmen, aber nur mit dem gleichzeitigen Willen zu kapitulieren. Einen solchen Auftrag hatten wir nicht. Wir hätten ihn auch abgelehnt. Der deutsche Generalfstab ist in dem Sinne des großen Kriegszustandes Klauweise erzogen. Unsere Friedenspolitik hatte versagt.“

Vor. Gotthein: „Der wird ein Werturteil ausgesprochen, und ich mache darauf aufmerksam, daß diese Urteile ausgesprochen sein sollen von der Bekundung der Zeugen. Ich erbehe hiergegen also Einspruch.“

Generalfeldmarschall v. Hindenburg: „Woran das gelegen hat, möge die Geschichte entscheiden. Ich weiß nur das eine mit absoluter Gewißheit. Das deutsche Volk wollte den Krieg nicht, der deutsche Kaiser wollte ihn nicht, die Regierung wollte ihn nicht, der Generalfstab wollte ihn erst recht nicht, denn er kannte besser als irgendjemand die unendlich schwierige Lage Deutschlands in einem Krieg gegen die Entente.“

(Fortsetzung folgt.)

**Das neue englische Fremdenrecht.**

Von Dr. R. Schürle (London) Dänischbeim.

III.

Die „Daily News“ dagegen haben ein Gefühl dafür, wie tief sich England selbst durch dieses Gesetz erniedrigt.

„Selbst unter gegenwärtiges Unterhaus hat noch nie eine solch unnoble Aufführung gegeben als gestern. Der Entwurf ist ein schlechter Entwurf, weil er dem Ministerium des Innern Vollmachten verleiht, die — Kriegszeiten ausgenommen — kein Regierungsdepartement besitzen sollte, die praktisch unmöglich gehandhabt werden können ohne grausame Härten und Ungerechtigkeiten gegen einzelne Individuen und deren Ausübung über dieses Land einen Schaden bringen wird, dessen Schwere zu dem etwaigen Nutzen in gar keinem Verhältnis steht. Wahrschäftig: „Der Appetit kommt beim Essen“. Die Hehag auf unglückliche deutsche Kellner als „feindliche Ausländer“ und „eine Gefahr für das Land“ (der Himmel helfe dem Lande, dem die gefährlich werden könnten), die Massenverhaftungen unter dem Verdacht des Bolschewismus von arbeitslosen russischen Juden, denen die bloße Bedeutung, nicht zu sprechen vom Wesen dieses Wortes, wahrscheinlich ein tiefes Rätsel ist, sind jetzt abgeordnete Zeitvertreiber. Der Vorschlag, englischen Frauen, die zufällig an Deutsche verheiratet sind, die Erlaubnis zum Verbleib in ihrem Heimatlande zu geben, wurde von der Mitterkeit Englands mit dem Gebrüll: „Nein, nein!“ begrüßt. Einige Abgeordnete scheinen sich läßt zu der Stellungnahme durchgerannet zu haben, daß überhaupt keine Ausländer in diesem Lande gebildet werden sollten. Augenblicklich ist es nutzlos, sich mit dem blinden Gäß auseinanderzusetzen, der diesen Menschenreiter-Bahnstimm befehl.

Aus Deutschland selbst ist gewiß nichts Schlimmeres gekommen. Wenn einmal der Kontinent wiederholl von Geschichten über unsere Tyrannet und Grausamkeit, die Depressierten verbreiten werden, wenn einmal andere Länder beginnen, dem dort schmarnohen Engländer d e Duaden und Strafen hinzuzugählen, die wir mutwillig dem Fremdling in unsern Toren aufgeladen haben, dann wird man hier zu zweifeln anfangen, ob diese Verfolgungssucht sich behält macht, und ob unsere verlorene Reputation als Jüdischhört der Bedrückten aller Länder etwas wert war. Aber es ist kein leichtes, das Kleinkind des guten Namens wieder zu erringen, nachdem man es einmal und entschieden verloren hat“

Schließlich sei aus einer feinen Satire des „Manchester Guardian“, die der Feder ihres Autors alle Ehre macht, das Schlußstück wiedergegeben:

„Der geführte Gesandtenwurf war hauptsächlich eingebracht, um alle die gängigsten Spekulationen in Aktien, deren Wert seit der Niederlage Deutschlands gesunken war, etwas fallen zu lassen. Das wirkliche Risiko, nach diesem Kriege von einer Invasion böß pflündernden Herden jüdischer Ausländer heimgejucht zu werden, ist ungefähr ebenso groß wie das Risiko Mr. Keatings (der größte Insektenspulverfabrikant der Welt), seine Geschäftsräume von Flöhen überfallen zu sehen. Zumerst, man mußte das Gesicht wahren, und Mr. Sport drückte sich nicht um seine Aufgabe. Der Entwurf verlängert die kriegsmäßige Behandlung feindlicher Ausländer für eine genügende Periode, um den Tagesblättern Zeit für eine neue „Hebe“ und den politischen Kandidaten für ein weiteres Versprechen zu geben. Zum mindesten ein Jahr ist vorgelesen, um diese Grabarbeiten zu vollenden. Während dieser Frist können feindliche Ausländer durch Kabine-Werber in jedem Grade belästigt werden, der den schmähselnden Journalisten und Politikern zur Erhaltung ihres Selbsterntendes notwendig erscheint. Auf diese Weise bleibt es voraussichtlich einem andern Ministerium vorbehalten, in 1 bis 2 Jahren die Tatsache festzustellen, daß der Krieg vorüber ist. Der Entwurf veranlaßt aber auch gleichzeitig zwei Änderungen im Gesetz, die mehr dauerhafter Natur sind. Eine davon ist eine Strafklausel gegen jeden Ausländer — nicht allein feindlichen Ausländer, sondern auch Neutralen oder Alliierten — der darauf berechnete, „dazu angetan“ ist, „Anfruh“ zu erregen (von Mr. Sport weitergehend als „Unruhe“ ausgedeutet) unter der Zivilbevölkerung Britanniens. Diese würde zum Beispiel bedeuten, daß, falls Mr. Gomers, der berühmte Führer der amerikanischen Arbeiterpartei, bei einer Arbeiterversammlung in England eine Rede halten würde, welche ein guter konservativer Minister des Innern als zu „Unruhen“ verleidend aufsaße, er ihm eine Spezialaktion von 10 Jahren Zuchthaus verordnen könnte im Gegenfall zu der geringen Qualität, die das gemeine Gesetz einem eingeborenen britischen Störer des kapitalistischen Friedens zuteilen würde. Oder falls Mr. Clemenceau in London eine der aufregenden Erklärungen abgeben würde, auf denen in Paris vor dem Krieg sein ganzes Renommee beruhte, so könnte er hierfür summarisch zu drei Monaten verdonnert werden. Wenn das antike Rom und Griechenland eine Vorahnung vom Geiste dieser pflügigen Verordnung gehabt hätten, eine beträchtliche ändernde Beeinflussung der Kirchengeschichte wäre sicherlich die Folge gewesen bei Anwendung derselben auf St. Petrus und St. Paulus, die, inwieviel sie formell Bürger des Reiches waren, zweifellos von den Bottomleys und Pemberton Billings von Athen und Rom als äußerst verabschuldungswürdige Ausländer bestraft worden wären. Eine weitere Klausel bezieht sich auf den Fall, daß ein Ausländer „gewerbliche Unruhen“ hervorruft in einem Betriebe, in welchem er angestellt ist, nicht aber in einem, in welchem er nicht angestellt ist. I. B. falls er ein Eisenbahnbediensteter und Mitglied seines Verbandes ist, darf er zu einem Eisenbahnstreik raten, wenn er dagegen zu einem Streik der „Triple-Alliance“ aufforderte, könnte man ihn für drei Monate ins Gefängnis schicken. Ein Mann, der ein so feines Haar walten kann, dürfte es weit bringen. Diese kleinen Stiche gegen den feindlichen Neutralen und den Verbündeten atmen wieder den genialen Geist, in welchem ein Franzose, der im 17. Jahrhundert in England landete, durch die Straßen von Dover verfolgt wurde unter dem Geschrei: „Französisch r Hund!“

Herausgeber und verantwortl. für die Redaktion der Z. B. des Verbandes der transkaukasischen Deutschen.